

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 44/15-19) des Beirates Neustadt

am Donnerstag, den 21.03.2019,

in der Mensa der Oberschule Leibnizplatz, Schulstraße 24, 28199 Bremen

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

Anwesend:

Gunnar Christiansen (bis 22:10 Uhr)	Wolfgang Meyer (bis 22:05 Uhr)	Cornelia Rohbeck
Ulrike Heuer	Janne Müller	Wolfgang Schnecking
Irmtraud Konrad	Jens Oppermann	
Anke Maurer	Johannes Osterkamp	

Fehlend: Torsten Dähn, Michal Fuchs, Stefanie Möller (e), Ingo Mose (e), Rainer Müller (e)

Referent_innen/Gäste: Frau Elfers (die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zu Top 3); Herr Staatsrat Pietrzok mit Frau Biermann, Frau Kleemiß, Frau Warneke (alle Senatorin für Kinder und Bildung/SKB, zu Top 4); Anwohner_innen aus dem Quartier Bochumer/Iserlohner Straße, Herr Bürger (SUBV), Herr Graßhoff + Frau Rösel (beide „Irgendwo“-Projekt, alle zu Top 5); Vertreter_innen von Schulen und KiTas, der Polizei, der Presse sowie interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Mathias Reimann

Protokoll: Sabine Strack (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Der ursprüngliche TOP 3 „Europawahl 2019“ wird verschoben, da die Referentin aufgrund einer anderen Veranstaltung später kommt.

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

TOP 2 – Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

- **Bürger_innenanträge, Fragen und Wünsche**

Ein Bürger bemängelt die Vermüllung am Werdersee und regt die Aufstellung eines weiteren Müllbehälters an der Unterführung bei der Wilhelm-Kaisen-Brücke an.

Ein weiterer Bürger fordert Maßnahmen zum aktiven Baumschutz in der Delmestraße, insbesondere zwischen Lahnstraße und Neustadtwallanlagen. Der Beirat befasst sich intensiv mit dem Thema Baumschutz im gesamten Stadtteil und nimmt den Hinweis gerne auf.

- **Bericht der Beiratssprecher**

Der Beiratssprecher informiert über den Start zur [Spielleitplanung](#) im März. Er betont, dass alle Bürger_innen eingeladen sind mitzumachen, Ideen und Anregungen einzubringen.

- **Berichte des Amtes: ./.**

TOP 3 – Kita- und Schulausbau in der Neustadt – Bilanz und Ausblick

Der Staatsrat informiert über den Kita- und Schulausbau in der Neustadt. Ziel sei es, trotz der stark wachsenden Kinderzahlen die Bereitstellung der Plätze für 3-6- sowie für unter 3-Jährige weiterhin sicherzustellen.

Um dies zu gewährleisten würden bis 2025 ca. 3.000 neue Fachkräfte benötigt. Diesem Fachkräftemangel solle durch unterschiedliche Maßnahmen, wie der Erweiterung der schulischen Ausbildungsmöglichkeiten, durch berufsbegleitende Teilzeitausbildung, Ausbildung mit Vergütung, Anerkennung ausländischer und fachnaher Abschlüsse entgegengewirkt werden. Durch die weiterhin angestrebte Anhebung der Vergütung, solle zudem die Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze erreicht werden.

Auf den Stadtteil Neustadt bezogen stellt er als besonders positive Entwicklungen heraus, dass inzwischen fast alle Grundschulen als Ganztagschulen arbeiten würden und ein neues Horthaus in der Mainstraße geschaffen worden sei. Auch sei erfreulich, dass es immer mehr naturnahe Angebote gebe.

Anschließend äußert sich der Staatsrat zu den aktuellen Projekten: Der geplante Kita-Bau in der Delmestraße gestalte sich aufgrund des kleinen Baufeldes schwierig, der Baubeginn sei jedoch weiterhin für 2020 geplant.

Zur Kita am Kirchweg führt er aus, dass dort eine Erhöhung der Gruppenszahl von 4 auf 8 geplant und die Aufstellung weitere Mobilbauten erforderlich sei. Die Fertigstellung der Maßnahme sei für 2020 geplant.

Der Neubau für die Kita am Neustadtswall soll in diesem Jahr begonnen werden. Anschließend sei eine Sanierung des Altbaus vorgesehen.

(Weitere Informationen zum Kita- und Schulausbau sind auch in der Broschüre „Bremen baut Bildung“ zu finden, welche auf [den Seiten der Senatorin für Kinder und Bildung veröffentlicht](#) sind.)

Aus dem Beirat wird erfragt, ob angesichts dessen, dass jüngst belastetes Bodenmaterial auf einem Kita-Gelände entdeckt worden sei nun sämtliche Außenbereiche überprüft würden. Der Staatsrat erwidert, dass dies nur in begründeten Einzelfällen erfolge und aktuell keine Verdachtsfälle bekannt seien.

Zur Frage aus dem Publikum nach fehlenden Schulassistenten, teilt der Staatsrat mit, dass weiterhin geplant sei alle Schulen Schritt für Schritt mit Schulsozialarbeiter_innen auszustatten.

Der Ausbau des Standortes Wilhelm-Kaisen-Oberschule als Campus wird anhand einer [Zeichnung](#) erläutert. Im ersten Schritt solle die Helene-Kaisen-Grundschule mit einem Mobil-Bau für Büro- und Nebenräume erweitert werden. Des Weiteren sollen zunächst Interims-Lösungen für Grund- und Oberschule hergestellt und langfristige zusätzliche Bauten sowie eine gemeinsame Mensa auf dem Campus errichtet werden. Wie der gestiegene Raumbedarf kurzfristig gedeckt werden soll, sei derzeit noch in Prüfung.

Aufgrund der vielen Nachfragen zu diesem Thema und dem Wunsch nach konkreten Lösungen, die zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben werden können, wird entschieden, dass die Befassung zu diesem Thema in der kommenden Sitzung des Fachausschusses Soziales und Bildung fortgeführt werden solle.

Abschließend bedankt sich der Beirat bei den Vertreter_innen der Senatorin für die ausführliche Darstellung und die Erläuterungen.

TOP 4 – Stellungnahme zum Bauantrag für IRGENDWO-Sommerprojekt an der Amelie-Beese-Straße

Der Bauantrag wurden dem Beirat vorab zur Vorbereitung übermittelt und liegt nun zur Befassung vor.

Der Vertreter des SUBV stellt einleitend die Rahmendaten vor und ergänzt, dass das geplante Bauvorhaben auch unter brand- und immisionsschutzrechtlichen Belangen genehmigungsfähig wäre. Von Seiten der Polizei seien ebenfalls keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Veranstaltung geäußert worden.

Die Vertreter_innen des IRGENDWO erläutern weiter, dass das Sommerprojekt in den Monaten Mai bis September stattfinden und mit eine Eröffnungsfeier im Mai beginnen solle. Im Juli sei eine etwa 14-tägige Unterbrechung geplant. Die Zahl der für die Anwohnerschaft besonders beeinträchtigend wirkenden „Partys über Nacht“ sei auf 4 reduziert worden. Während des gesamten Zeitraumes werde es zudem eine Anwohner_innen-Hotline und eine regelmäßige Überprüfung der Lärmwerte geben.

Die Anwohnerinitiative empfindet die geplanten Veranstaltungen weiterhin als große Belastung und wird weitere rechtliche Schritte einleiten, um eine abschließende Überprüfung der Genehmigung zu erwirken.

Im weiteren Verlauf wird das Für und Wider kontrovers diskutiert und dass Spannungsfeld zwischen Anwohnerschutz und Kulturinitiative an mehreren Stellen deutlich.

Die Beiratsmitglieder sprechen sich für eine zweiteilige Beschlussfassung aus. Im ersten Schritt soll eine Stellungnahme zu Kulturinitiativen erfolgen und erst im zweiten Schritt über den Bauantrag abgestimmt werden.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt unterstützt und begrüßt grundsätzlich das Engagement des Kulturbeutels und anderer Kulturinitiativen kulturelle Veranstaltungen, im Sommer und draußen umzusetzen, wie auch die temporäre Nutzung freistehender Flächen. Dies muss aber möglichst anwohner_innenverträglich sein. Deswegen müssen entsprechende Restriktionen in die Genehmigung aufgenommen werden.

Der Beirat fordert die senatorische Behörde für Bau, Umwelt und Verkehr auf, gemeinsam mit der Kulturbehörde, dem Kulturbeutel und anderen Kollektiven ein Gesamtkonzept zu entwickeln, dass es ermöglicht in Stadtteilen entsprechende Flächen für anwohner_innenverträgliche Kulturveranstaltungen zur Verfügung zu stellen und deren finanzielle Grundlage zu sichern. (einstimmig)

Beschluss:

Der Beirat stimmt dem vorliegenden Bauantrag zu. (6 Ja-, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 5 – Europawahl 2019

Die Vertreterin der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, informiert anhand einer [Präsentation](#) über die Kampagne „In Bremen leben – Europa wählen“ des Landes Bremen und stellt Informationsmaterial zur Verfügung, welches verteilt wird und auch im Ortsamt erhältlich ist.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt unterstützt die Kampagne „In Bremen leben – Europa wählen“ und erklärt seinen Beitritt zu diesem Bündnis. Mit einer Veröffentlichung der Institution unter dem Bündnistext ist der Beirat Neustadt einverstanden. (einstimmig bei einer Enthaltung)

TOP 6 – Beschlussfassung zum Verkehrskonzept Bunker Moselstraße & V+E-Plan 123

Der Beschlussvorschlag sowie der Änderungsantrag von Linken und Piraten wurden vorab an die Beiratsmitglieder übersandt und liegen nun zur Beschlussfassung vor. Beide Anträge werden verlesen und im Folgenden zuerst über den Änderungsantrag abgestimmt.

Änderungsantrag Linke und Piraten:

Klammer „(ggf. durch bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Straße)“ streichen und ersetzen durch „Für die Moselstraße fordert der Beirat eine Verkehrsberuhigung. Er erwartet, dass der Investor seine Zusage einhält und diese finanziert.“

Absatztext „Der Beirat begrüßt grundsätzlich, dass durch die geplanten Bauvorhaben zusätzlicher Wohnraum in der Neustadt geschaffen werden soll“ ergänzen um „Der Beirat Neustadt verurteilt den Bau von Luxuswohnungen im Bunker Moselstraße als Prozess der Gentrifizierung.“ Der Antrag wird mit 2 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den somit unveränderten Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Anforderungen an ein Verkehrskonzept für den V+E-Plan 123 (Bunker Mosel-/Ärztehaus Pappelstraße)
Dem Beirat Neustadt ist in der Sitzung seines Fachausschusses Bau, Umwelt und Verkehr am 26.02.2019 ein Verkehrskonzept für das Bauvorhaben Bunker Moselstraße vorgestellt worden. Der Beirat fordert, dieses Konzept dahingehend zu überarbeiten, dass dabei folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- Der Beirat erwartet eine gemeinsame Betrachtung beider auf der Fläche im Geltungsbereich des V+E-Planes 123 geplanten Bauvorhaben und ihrer verkehrlichen Auswirkungen.
- Der Beirat fordert, dass alle erforderlichen Stellplätze auf dem Gelände real hergestellt und keine Flächen im öffentlichen Straßenraum in Anspruch genommen werden.
- Der Beirat macht darauf aufmerksam, dass „Stellflächen“, die gem. StVO nicht legal sind, sondern lediglich bisher geduldet werden (sog. aufgesetztes Parken), nicht als mögliche Stellplätze berücksichtigt werden dürfen.
- Der Beirat erwartet, dass der von den Bauherren zu Recht als ruhige Wohnstraße bezeichnete Charakter der Moselstraße erhalten bleibt – und Durchgangsverkehre insofern so weit wie irgend möglich verhindert werden müssen (ggf. durch bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Straße).
- Der Beirat fordert, zusätzliche durch die geplanten Bauvorhaben entstehende PKW-Verkehre einschließlich Shuttle-Service so abzuwickeln, dass die Anwohnerschaft dadurch möglichst wenig belastet wird (z.B. durch Schaffung von Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten direkt vor dem Ärztehaus).
- Der Beirat erwartet die Wiederherstellung der (z.Zt. wegen der Baumaßnahme verlegten) Bushaltestelle Pappelstraße für die Linien 26/27 an einem Standort, der das Umsteigen zu bzw. von den Straßenbahnlinien 1 und 8 in der Langemarckstraße so einfach wie möglich gestaltet.
- Der Beirat erwartet, dass im Rahmen des Verkehrskonzeptes die Auswirkungen auf die benachbarten Quartiere, insbesondere das Hohentorsviertel, Berücksichtigung finden und die Freigabe des Linksabbiegens für PKW aus der Langemarckstraße (Richtung stadtauswärts) in die Pappelstraße geprüft wird.

Der Beirat begrüßt grundsätzlich, dass durch die geplanten Bauvorhaben zusätzlicher Wohnraum in der Neustadt geschaffen werden soll. Dies darf nach der Überzeugung des Beirats jedoch nicht zu einer zusätzlichen verkehrlichen Beeinträchtigung des ohnehin schon stark belasteten Quartieres führen. Der

Beirat verweist in diesem Zusammenhang auf seinen [Beschluss zur Prüfung des StellplatzOG](#) durch die Baubehörde bzgl. der Ablösung bzw. Nichtablösung von Stellplätzen bei Neubauvorhaben, weiter auf diverse Beschlüsse zur Förderung des Umweltverbundes im Stadtteil (insbesondere Car-Sharing, ebenso Ausweitung des Fahrrad-Modellquartiers) sowie die anstehende Diskussion zur Parkraumbewirtschaftung als mögliches Instrument zur Entschärfung des Parkraumdrucks.

Der Beirat bittet zugleich das Verkehrsressort um gemeinsame Erörterung zu den o.g. Aspekten rechtzeitig vor einer geplanten Deputationsbefassung mit dem V+E-Plan-Entwurf. (8 Ja-, 2 Nein-Stimmen)

TOP 7 – Beschlussfassung zum Stadtteilbudget für Entsiegelung und Baumschutz in Teilabschnitt Delmestraße

Aufgrund des [Beschlusses vom 19.09.18 zur Entsiegelung des Radwegs in der Delmestraße](#) wurde eine Kostenschätzung seitens der Fachbehörde erarbeitet. Diese wurde am 26.02.19 im Fachausschuss Bau, Umwelt und Verkehr befasst und eine Beschlussempfehlung abgegeben, über die im folgenden abgestimmt werden soll.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt aus dem Stadtteilbudget Verkehr 25.450 € für die vom Beirat gewünschte Umgestaltung der Delmestraße auf der nordwestlichen Straßenseite zwischen Lahnstraße und Neustadtscontrescarpe bereit. (einstimmig bei einer Enthaltung)

TOP 8 – Wohnmobilstellplatz am Kuhhirtenplatz - Vertragsänderung

Der Vorsitzende stellt auf Antrag eines Beiratsmitglieds fest, dass die Beschlussfähigkeit weiterhin gegeben ist. Anschließend wird der „Schluss der Aussprache“ nach § 6 der Geschäftsordnung des Beirates beantragt. Es erfolgt jeweils ein Redebeitrag dafür und ein Redebeitrag dagegen. Der Antrag wird mit 7 Ja- bei 1-Nein-Stimme und einer Enthaltung angenommen, so dass direkt zur Abstimmung übergegangen wird.

Beschluss: Der Beirat stimmt dem Nachtrag zum bestehenden Vertrag zu. (7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird aus den Reihen des Beirates ein Antrag auf Vertagung der noch folgenden Tagesordnungspunkte gestellt. Der Antrag wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

TOP 9 – Genehmigung der Protokolle der Sitzungen v. 24.01. und 21.02.19 (Nrn. 42-43/15-19): vertagt

TOP 10 – Verschiedenes: vertagt

Jens Oppermann
Stellv. Beiratssprecher

Mathias Reimann
Sitzungsleitung

Sabine Strack
Protokollführung